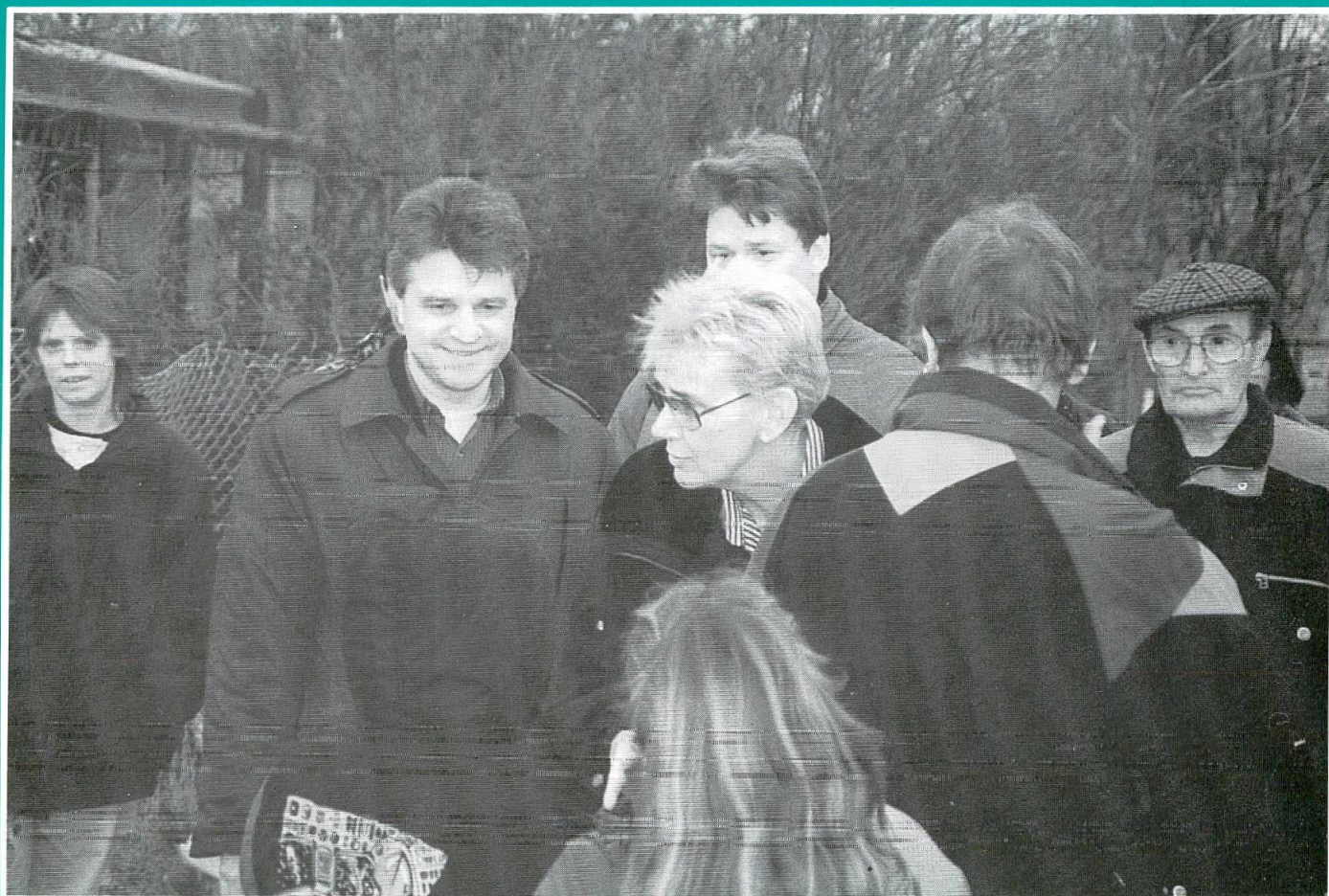


LAG

1/94

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



GEMEINSAM GEGEN SOZIALABBAU

INHALT

Liebe Leserinnen und Leser,

hier liegt sie nun wieder vor, die erste Ausgabe unserer LAG-Zeitung 1994. Sehr wahrscheinlich wird sie auch die einzige reguläre Ausgabe dieses Jahr bleiben, da wir zu unserem 20jährigen Jubiläum eine Festschrift in Form einer Sondernummer herausgeben wollen. Und da ist die Redaktion natürlich gefordert. Falls wir allerdings so viele Artikel von Euch erhalten sollten, über das Neueste aus den Siedlungen und Projekten, über Aktionen und Veranstaltungen gegen den Sozialabbau, über neue Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit ... - ja dann würden wir uns überlegen, Ende des Jahres doch noch eine 2. Nummer herauszugeben! Na, wie schaut's?

Liebe Grüße und viel Spaß beim Lesen!

Tina

Inhalt

Hessische Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung in der Darmstädter Rodgaustraße	3
Neues aus der Geschäftsstelle	5
Mitgliederversammlung: Vorstand im Amt bestätigt	6
Oh Mann (sein) - Ist das toll! - Männergruppen sind gefragt	8
Ehrung für den Offenbacher Sozialhilfeverein	9
20 Jahre LAG	10
Frauenpower setzt sich durch	11
Stadtteilkontakte über nationale Grenzen hinweg	12
IKJG hat Arbeitsschwerpunkt verlagert	13
Schwerpunkt: Sozialabbau	
Wider den Sozialabbau	15
„Ebbe in der Haushaltskasse“ - Frauen aus sozialen Brennpunkten diskutieren die Folgen des Sozialabbaus	15
Gegen Arbeitsverpflichtungen von Sozialhilfeberechtigten - für Arbeit mit existenzsichernder Bezahlung	17
Aktionstage gegen Sozialabbau Herbst 1993	18
Nicht nur Tristesse - Chancen einer aktiven kommunalen Arbeitsmarktpolitik im neuen BSHG	19
Kinder, Kinder - Was tut sich in den Spiel- und Lernstuben?	22
Stand des Modellvorhabens „Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe im Wetteraukreis“	24
Dies und Das	26
Terminkalender	28

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V.,
Moselstraße 25, 60329 Frankfurt/Main
Telefon 069/25 00 38, Telefax 069/23 55 84

Titelbild: Jürgen Maier

Redaktion: Christina Hey,
Gabi Bechtold (Schreibarbeiten und Layout)

Druck: Druck-Kollektiv, Gießen

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

HESSISCHE MINISTERIN FÜR FRAUEN, ARBEIT UND SOZIALORDNUNG IN DER DARMSTÄDTER RODGAUSTRASSE

Im Dezember 1993 besuchte Frau Ilse Stiewitt, Hessens Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung auf Einladung der LAG das Wohngebiet Rodgaustraße/Messeler Straße in Darmstadt-Arheilgen.

Hartmut Fritz, unser 1. Vorsitzender, begrüßte die Ministerin in den Gemeinschaftsräumen „Alt Lernstubb“. Hier hatten sich neben Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der sozialen Dienste der Siedlung auch Mieterratsmitglieder aus der Kirschenallee, Mitarbeiter der Gemeinwesenarbeit Kirschenallee, Vertreterinnen und Vertreter des Magistrats der Stadt Darmstadt und die Träger der Gemeinwesenarbeit versammelt.

Hartmut Fritz erläuterte der Ministerin die Geschichte der Sozialen Brennpunkte, die häufig aus der Ideologie entstanden seien, daß man Menschen, die ihre Wohnung verloren haben, mit Einfachstwohnungen bestrafen müsse. Er wies auf den wegweisenden Erlaß des Hessischen Sozialministers Schmidt aus dem Jahre 1973 hin, der Schluß gemacht habe mit diesem Denken. Dieser Erlaß habe die Entwicklung in vielen hessischen Sozialen Brennpunkten sehr positiv beeinflusst. Allerdings stelle sich die Situation sehr unterschiedlich dar und gerade im ländlichen Bereich gäbe es noch großen Nachholbedarf. Zu diesem ersten Kennenlernen der Situation in Sozialen Brennpunkten sei für die Ministerin Darmstadt ausgewählt worden, so Hartmut Fritz weiter, weil hier die verschiedenen Entwicklungsstufen Sozialer Brennpunkte gut zu verdeutlichen seien. Während in der Kirschenallee seit Jahren saniert werde und ein Abschluß in Sicht sei, befinde sich die Siedlung

Rodgaustraße/Messeler Straße noch inmitten eines sehr positiven Entwicklungsprozesses. Hier seien über Jahre soziale Strukturen durch die enge Zusammenarbeit von Sozialarbeitsprojekt und aktiven Bewohnerinnen und Bewohnern aufgebaut und Selbsthilfekräfte gefördert worden. Dringenden Sanierungsbedarf sieht der Vorsitzende der LAG in der Siedlung Akazienweg/Gehaborner Weg. Diese Sanierung müsse im Rahmen eines abgestimmten Gesamtkonzeptes in enger Zusammenarbeit mit Bewohnerinnen und Bewohnern erfolgen.



(Foto: Jürgen Maier)

Frau Ministerin Ilse Stiewitt - ehemalige Kasseler Regierungspräsidentin - machte in einer kurzen Erklärung zunächst deutlich, daß sie sich einen „Sozialen Brennpunkt“ ganz anders vorgestellt

habe: „Wo sind denn hier die Hochhäuser?“ Sie werde sich - ohne konkrete Zusagen machen zu können - auch in Zeiten „knapper Kassen“ für den Erhalt sozialer Standards einsetzen. Engagiert und interessiert ging Frau Stiewitt auf die Forderung einer Vertreterin der Frauengruppe Rodgaustraße nach einem Gemeinschaftshaus für die Siedlung und den angrenzenden Stadtteil ein. Die Ministerin bezeichnete dieses Projekt als förderungswürdig. In einem der nächsten Jahre sollte dieses Gemeinschaftshaus im Landeshaushalt eingeplant werden, so Frau Ministerin Stiewitt. Ein Vertreter des Mieterrates Kirschénallee appellierte an die Ministerin, die dort erfolgreich aufgebaute Gemeinwesenarbeit nicht dem Spardiktat zu opfern.



(Foto: Jürgen Maier)

Während eines anschließenden Rundgangs durch das Wohngebiet erläuterte Jürgen Mühlfeld von der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit Rodgaustraße/Messeler Straße der Ministerin das vielfältige Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner bei der Weiterentwicklung der Siedlung, die sich zum Beispiel auch am Ausbau des Spielplatzes zeige. Der Rundgang führte auch an dem Gelände vorbei, welches für den Bau von 11 Reihenhäuser vorgesehen ist. Sie sollen die Voraussetzung dafür schaffen, daß überbelegter Wohnraum in den „Schlichtbauten“ saniert werden kann und große Familien

in der Siedlung eine vernünftige Wohnung bekommen können. Ludwig Weigand, Vorsitzender des Arbeitskreises Rodgaustraße, hatte schon zuvor auf eine notwendige Unterkellerung dieser Reihenhäuser hingewiesen.

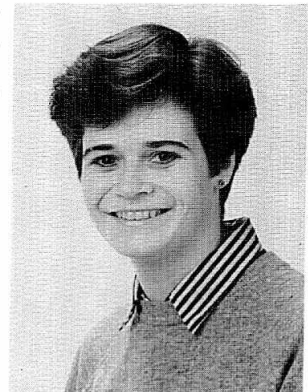
Zum Abschluß dieses Besuches fand im Kinderhaus Messeler Straße eine weitere Gesprächsrunde statt. Die Leiterin dieses Hauses, Ute Rohierse, wies auf den hohen Anteil von Kindern im Kindergarten aus dem Stadtteil Arheilgen hin. Hier würden also schon frühzeitig Kontakte von Kindern aus der Siedlung und dem Stadtteil geknüpft. Sie formulierte einen dringenden Bedarf nach Kinderbetreuung für Kinder im Alter von 1 - 3 Jahren. Frau Otte, die Geschäftsführerin der „Nähwerkstatt“, einem aus der Sozialarbeit in der Rodgaustraße/Messeler Straße entstandenen Ausbildungsprojekt für Frauen mit Kindern, stellte die Ministerin am Beispiel dieses Projektes die positiven Auswirkungen für die Betroffenen vor.

Der Darmstädter Sozialdezernent Gerd Grünewaldt informierte in diesem Rahmen die Ministerin über die Bemühungen der Stadt Darmstadt bei der Sanierung der Sozialen Brennpunkte. Die Reihenhäuserzeile in der Rodgaustraße soll 1996 bezugsfertig sein. Für das Gemeinschaftshaus seien bereits Planungskosten im Haushalt berücksichtigt und im Akazienweg/Gehaborner Weg sollte das Sanierungskonzept jetzt umgesetzt werden. Er bat die Ministerin um weitere Unterstützung der Vorhaben in Sozialen Brennpunkten durch das Land Hessen.

Jürgen Maier

NEUES AUS DER GESCHÄFTSSTELLE

Die LAG hat eine neue Jugendbildungsreferentin: Bettina Wiederspahn-Wolf. Nachdem Elke Schimpf zum 30. November letzten Jahres die LAG leider verlassen hat, um sich beruflich einer anderen Aufgabe zu widmen und die Stelle in unserem Jugendbildungswerk dann erst einmal eine Weile unbesetzt blieb, hat Bettina Wiederspahn-Wolf nun zum 1. April ihre Tätigkeit für die LAG begonnen. Sie kommt aus Frankfurt und war bislang Leiterin der Sozialen Gruppenarbeit Nordweststadt, einer Einrichtung des Caritasverbandes Frankfurt. Voller Tatendrang hat Bettina Wiederspahn-Wolf gleich zu einer AG Jugend unmittelbar nach den Osterferien eingeladen. Vorstand und KollegInnen aus der Geschäftsstelle wünschen einen guten Start! Elke Schimpf sei an dieser Stelle noch einmal für ihr Engagement für die LAG gedankt.



Das Rockmobil Kassel rollt auch nach Auslaufen der Modellphase Ende letzten Jahres weiter, allerdings nicht ganz ohne „Sand im Getriebe“. Noch im Sommer vergangenen Jahres waren die Verhandlungen mit der Stadt Kassel soweit gediehen, daß von einer Fortsetzung des Projektes im seitherigen Umfang ausgegangen werden konnte. Neben der Beibehaltung des relativ geringen städtischen Zuschusses hätte es dazu lediglich der Übernahme einer bisherigen Rockmobil-Stelle in die kommunale Jugendpflege bedurft. Als es dann konkret werden sollte, gab es in der Kommunalverwaltung einen Einstellungsstopp und nichts ging mehr. Aufgrund einer angekündigten deutlichen Erhöhung der Landesmittel und vor allem einer sehr großzügigen Spende aus der Kasseler Wirtschaft sahen sich Stadträtin Schmarsow und Oberbürgermeister Lewandowski in den Verhandlungen mit der LAG schließlich gezwungen, wenigstens den städtischen Zuschuß in Höhe der Vorjahresförderung für das Rockmobil zuzusagen. Für 1995 ist dies allerdings keine Perspektive! Mit dem Auslaufen der Modellförderung entfiel auch die Stelle der wissenschaftlichen Begleitung. Burkhard Hill hat somit zum 31.12.1993 notgedrungen seine Tätigkeit für die LAG beendet. Auch ihm danken wir für sein hohes Engagement, das doch wesentlich zu dem Gelingen des Modellprojektes mit beigetragen hat und wünschen ihm für seine Zukunft alles Gute. Wieder einmal (vorübergehend) „an Bord“ in Kassel ist auch Elke Falk, die im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme weiter an dem Aufbau des Projektes „Musikbunker Agathofstraße“ mitwirkt.

Positives gibt es auch aus dem Wohnungsbereich zu vermelden. Das Modellprojekt „Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe im Wetteraukreis“ scheint sich zu einem vollen Erfolg zu entwickeln. In einer Bürgemeisterdienstversammlung Mitte März konnte Reinhard Thies die ersten Ergebnisse der Gemeindebefragung präsentieren und der Landrat gab die Einrichtung einer Koordinierungsstelle zur Wohnungsversorgung und Verhinderung von Obdachlosigkeit im Wetteraukreis bekannt. An dem Projekt arbeiten noch Heike Kratz aus Langen und Christoph Kummer aus Frankfurt mit. Ohne deren Zuarbeit hätten die ersten Ergebnisse sicherlich nicht in dieser Form vor den Bürgermeistern präsentiert werden können. In Gießen steht die Wiederaufnahme des Beratungsauftrages der LAG für das „Büro für Mietermitbestimmung“ bei der Wohnbau Gießen kurz bevor. Für die Wahrnehmung des Beratungsauftrages konnte Peter Matzke, sicherlich vielen von seiner Tätigkeit bei der Projektgruppe Margaretenhütte her bekannt, gewonnen werden.

Zum Schluß noch ein paar Worte zur Finanzsituation: Die Lage ist allerorts angespannt! Der nunmehr seit Jahren nicht mehr merklich erhöhten Landesförderung stehen vielerorts kommunale Sparzwänge gegenüber. Die LAG betrifft dies insbesondere mit dem Rockmobil-Standort in Frankfurt. In dieser Phase muß man sogar froh sein, wenn die vom Finanzministerium für alle Ressorts

im Landeshaushalt verfügten „globalen Minderausgaben“ - so wie es sich derzeit abzeichnet - an der Förderung der Brennpunkt-Projekte schadlos vorüberziehen und auch die seitherigen LWV-Gelder für die Projektarbeit in diesem Jahr gesichert werden konnten. Die Zeiten sind hart!

Lothar Stock

MITGLIEDERVERSAMMLUNG: VORSTAND IM AMT BESTÄTIGT

Im Amt bestätigt wurde der Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft auf der Mitgliederversammlung am 13. November 1993 in Gießen. Dem Vorstand gehören also nach wie vor an: Hartmut Fritz, Limburg (1. Vorsitzender), Heidemarie Koradin, Wiesbaden (2. Vorsitzende), Bernhard Horch, Raunheim (Kassenwart) und als Beisitzerinnen Monika Grötzinger von der Bürgerinitiative für Soziale Fragen in Marburg, Stefanie Paul von der Projektgruppe Margaretenhütte in Gießen sowie Gisela Zwigart-Hayer und Angelika Happich, beide aus der Frauensteiner Straße in Wiesbaden. Angelika Happich wurde neu in den Vorstand gewählt und besetzte den seit dem Ausscheiden von Lorenz Ried freien Beisitzerposten. In seinem Tätigkeitsbericht hatte Hartmut Fritz vorher dem Vorstand für die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit gedankt, die ja auch in der erneuten Kandidatur aller Vorstandsmitglieder ihren Ausdruck fand.

Der inhaltliche Schwerpunkt der Mitgliederversammlung war unter der Überschrift „Sozialabbau ohne Ende? Auswirkungen auf Betroffene und Projekte“ gefaßt. Hierzu tagten vier Arbeitsgruppen, jeweils getrennt nach Bewohnerinnen und Bewohner sowie Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Die vom fortschreitenden Sozialabbau unmittelbar Betroffenen berichteten u.a., daß das tägliche Leben immer teurer wird und dies schon zu mannigfachen Einschränkungen beim Einkauf geführt hat: Nur noch einmal Fleisch in der Woche, Brot gibt es nur noch vom Supermarkt statt vom Bäcker, die Fahrtkosten zu den Kaufhäusern in der Innenstadt sind kaum noch aufzubringen, Kneipenbesuch ist Luxus und insbesondere, daß die Ansprüche der Kinder nicht mehr erfüllt werden können, trifft die Familien hart. Neben den steigenden Lebenshaltungskosten wird es zudem zunehmend schwieriger, einmalige Beihilfen für die

notwendigen Dinge beim Sozialamt zu bekommen. Der Ämterdruck wächst, sei es nun bei der Berücksichtigung der im Haushalt lebenden erwachsenen Kinder (weil es keine billigen Wohnungen für sie gibt) im Rahmen von Wohngeldgewährung und Fehlbelegungsabgabe oder aber infolge des verstärkten Arbeitsdrucks gegenüber Alleinerziehenden, sofern die Kinderbetreuung gewährleistet ist. An die LAG wurde die Erwartung gerichtet, Informationen hinsichtlich bestehender Leistungsansprüche zu bündeln und an die Betroffenen weiterzugeben sowie aufzuzeigen, daß Armut jede und jeden betreffen kann, um damit gegen immer noch bestehende Vorurteile gegenüber Sozialhilfeberechtigten anzugehen. Darüber hinaus sollten aber auch Formen der gemeinsamen Gegenwehr gegen weitere Kürzungen bei der Sozialhilfe und dem Arbeitslosengeld entwickelt und in die Tat umgesetzt werden. Sogar von einer „mobilen Einsatztruppe“, die „Sauereien“ vor Ort unmittelbar anprangert und bekämpft, war da die Rede.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Projekten hoben ebenfalls die Notwendigkeit einer Bündelung sowohl der „Sparschweineereien“ als auch des Protestes dagegen auf Landesebene hervor. Die Verbindung des LAG-Vorstandes und der GeschäftsstellenmitarbeiterInnen zu den örtlichen Projekten müßte an dieser Stelle wieder intensiviert werden. Auch als vor-Ort-Prozesse begleitende Fachinstanz bzw. in der Moderationsrolle einer vielerorts gewünschten, gemeinsamen Regionalentwicklung ist die LAG stark gefragt. Letztlich wurde auch noch einmal die Frage der langfristigen Projektabsicherung angesprochen. Weg von den „freiwilligen“ Leistungen, hin zur Regelfinanzierung!?

Nachdem uns zum Verlauf der vorletzten Mitgliederversammlung von der Arbeitsgemeinschaft Gemeinwesenarbeit Rodgaustraße

in Darmstadt ein Schreiben mit geharnischter Kritik erreichte (siehe LAG-Zeitung 1/93), erhielten wir dieses Mal großes Lob von den dortigen KollegInnen gezollt. „Mir hat die Versammlung recht gut gefallen. Es war insgesamt eine schöne Atmosphäre, die vor allem auch durch den angenehmen Raum und die nette Bewirtung unterstützt wurde. ... Die Arbeit in Kleingruppen zum 'Sozialabbau' fand ich besonders spannend und hätte ruhig noch länger dauern können. BewohnerInnen und SozialarbeiterInnen wurden zu diesem

Thema in ihrer eigenen Situation ernst genommen und man konnte sich untereinander austauschen. In der Kleingruppe Mut gesammelt, hatten auch BewohnerInnen Lust im Plenum von sich zu erzählen. Das war einfach schön von den 'Menschen' in der LAG mal etwas mitzubekommen“, heißt es im Schreiben von Gabi Pilz. Dem Dank an die Kolleginnen der Arbeitsgemeinschaft Läufertsröder Weg für die Bewirtung und Gastfreundschaft können wir uns nur anschließen.

Lothar Stock

Der Vorstand

(Fotos: LAG-Archiv)



OH MANN (SEIN) - IST DAS TOLL ! MÄNNER(GRUPPEN) SIND GEFRAGT

Den nachfolgend abgedruckten Brief der Männergruppe Rodgaustraße in Darmstadt-Arheilgen erhielt der LAG-Vorstand auf der letzten Mitgliederversammlung in Gießen. Mit ihrem Schreiben verbindet die Männergruppe die Hoffnung, dem Thema „Männer“ zukünftig auch im Rahmen der LAG-Arbeit stärkere Beachtung geben zu können. Aber lest doch selbst und vor allem antwortet der Gruppe. Die Kontaktadresse ist ja angegeben.

Lothar Stock

LIEBE MÄNNER VON DER LAG,

der Grund für dieses Schreiben liegt in unserem Interesse, das Thema „Männer in der LAG“ endlich einmal anzugehen. Wie Ihr ja wißt, gibt es in der Rodgaustraße schon sehr lange eine funktionierende Männergruppe. Damit wir nicht die einzigen bleiben, möchten wir gerne ein erstes Männertreffen innerhalb der LAG Mitgliedsprojekte organisieren. Dabei hätten wir gerne Eure Unterstützung. Bei einem solchen ersten Treffen aller interessierten Männer und Männergruppen sollte es unserer Meinung nach darum gehen, sich erst einmal kennenzulernen, verschiedene Interessen und Erfahrungen aus den Projekten auszutauschen und zu diskutieren, wie das Thema „MÄNNER“ mehr Platz innerhalb der LAG bekommen könnte. Wir verbinden mit solch einem ersten Treffen auch den Wunsch, in die Planung einer ersten LAG-Männertagung einzusteigen, wobei wir diese mit Eurer Unterstützung selbst inhaltlich planen und durchführen wollen. Wir haben auch schon ein mögliches Motto für eine solche Tagung: „Frauen haben sich geändert, jetzt müssen sich auch die Männer ändern!“ Bei einer solchen Tagung könnten wir uns vorstellen, einen Videofilm herzustellen, eine Männerzeitung, Skulpturen zu bauen, Theater zu spielen und natürlich zu feiern. Die erste LAG Männerparty mit Playback-Show und Männermodenschau.

Natürlich erwarten wir auch Anregungen von anderen Männern.

So wie wir dies in der Rodgaustraße geschafft haben, eine Männergruppe aufzubauen, so denken wir, ist es auch in anderen Wohngebieten möglich und notwendig. Als Beispiel, wie wir uns eine sinnvolle Männerarbeit vorstellen, anbei unser erster gemeinsamer Videofilm.

In Erwartung einer positiven Antwort

Die Männergruppe Rodgaustraße

Kontaktadresse: Walter Ries, Rodgaustraße 23, 64291 Darmstadt

EHRUNG FÜR DEN OFFENBACHER SOZIALHILFEVEREIN

Am 25. November 1993 wurde der Offenbacher Sozialhilfeverein in der Stadtverordnetenversammlung mit dem Ferdinand-Kallab-Preis für seine langjährige Arbeit für Sozialhilfeberechtigte und andere arme BürgerInnen Offenbachs geehrt. Jürgen Maier überbrachte in der anschließenden kleinen Feierstunde in den Räumen des Vereins die Glückwünsche der LAG Soziale Brennpunkte. Er wies dabei darauf hin, daß der Offenbacher Sozialhilfeverein einer der ersten Sozialhilfevereine in der Bundesrepublik und der erste in der LAG war. Der Verein habe auch maßgeblich an der Entwicklung einer bundesweiten Organisation der Sozialhilfeinitiativen mitgewirkt, einer Lobby, „die gerade in dieser Zeit eine wichtige Funktion für die Interessenvertretung der Armen in diesem Land wahrnimmt“.

Jürgen Maier erinnerte auch daran, daß sich der Offenbacher Sozialhilfeverein aus der Arbeit in Sozialen Brennpunkten Offenbachs entwickelt hat und daß er zu einem frühen Zeitpunkt die Armut außerhalb der Brennpunkte erkannt habe. „Ihr habt gespürt, daß Menschen auch dann noch Ansprechpartner brauchen, wenn sie nicht mehr im Brennpunkt wohnen“, so Jürgen Maier in seinem kleinen Redebeitrag. Er wünschte dem Sozialhilfeverein, daß ihm die Ehrung durch die Stadt Offenbach Kraft und Mut gibt, um gemeinsam mit der LAG und anderen Verbündeten verstärkt gegen den Sozialabbau - auch in Offenbach - aktiv zu werden.

Jürgen Maier

Im Wortlaut:

Die LAG-Zeitung druckt im Wortlaut die Rede von Hannelore Wenzel vor der Stadtverordnetenversammlung ab:

Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für den Sozialhilfe Verein Offenbach für die Verleihung des Dr.-Ferdinand-Kallab-Preises.

Wir vom Offenbacher Sozialhilfe Verein sehen in der Verleihung dieses Preises die Anerkennung unserer bisherigen Arbeit. Gleichzeitig ist dieser Preis für uns aber auch Ansporn und Verpflichtung für die Zukunft, uns hier um die Sorgen und Nöte der Menschen mit dem gleichen Engagement wie bisher zu kümmern. Gerade in einer Zeit, wo Kürzungen von sozialen Ausgaben die Not der Ärmsten noch vergrößern, ist die Hilfe für diese Menschen notwendiger denn je.



Stadtverordnetenvorsteher Manfred Wirsing (links) übergab den Kallab-Preis Inge Bradroff (Zweite von links) und Friedrich Wenzel (rechts) vom Sozialhilfeverein. Mit dabei war auch Dr. Maria Kallab, Tochter des 1979 verstorbenen Offenbacher Arztes.

Foto: Lang

(aus: Offenbach-Post, 26.11.93)

Gerade in einer Zeit, wo Kürzungen von sozialen Ausgaben die Not der Ärmsten noch vergrößern, ist die Hilfe für diese Menschen notwendiger denn je.

Wir kümmern uns in unserer Arbeit um ein großes Spektrum Hilfesuchender. Wir erleben dabei erschütternde Einzelschicksale und wir wissen, daß die Not international ist. Ob deutsche oder ausländische Mitbürger, das soziale Elend kennt keine Schranken. Unsere Arbeit unterscheidet nicht in zweierlei Menschen. Wir wollen eine Verbesserung der wirtschaftlichen, der sozialen und psychischen Lage der Armen.

Wir sehen unsere Arbeit in erster Linie als Hilfe zur Selbsthilfe. Dabei ist es für uns wichtig, daß die in Not geratenen Menschen ihre Menschenwürde behalten. Daß sie in ihrer Lage nicht entmündigt, gedemütigt oder diskriminiert werden.

Dort wo die Not am größten, ist Hilfe am notwendigsten. Seit dem Kälteeinbruch sind bereits in Deutschland 7 Menschen an Erfrierungen gestorben, weil sie keine Bleibe hatten. 40 000 Menschen haben kein Dach über dem Kopf oder leben in Hütten, Zelten oder im Freien. Eine Schande für dieses Land und die verantwortlichen Politiker. Hier in Offenbach muß alles getan werden, um den Nichtseßhaften Unterkunft und Wärme zu geben. Ich appelliere an Sie, schaffen Sie die Möglichkeiten hierzu.

Bedenken Sie, daß soziale Ausgaben nicht nur gesetzlich garantiert sind. Soziale Ausgaben, soziale Hilfe ist eine Menschenpflicht.

20 Jahre LAG

Die LAG wird in diesem Jahr 20, die Arbeitsgemeinschaft Sozialer Brennpunkt Presberger Straße in Wiesbaden gar 25 Jahre alt. Das muß gefeiert werden!!!

Gemeinsam laden wir daher ein zum

Landesweiten BewohnerInnen-Fest

am 1. Oktober 1994

in die Presberger Straße nach Wiesbaden.

Damit das Fest wieder so bunt und spannend wie beim letzten Mal - Ihr erinnert Euch noch an das Festzelt auf dem Parkplatz? - wird, hoffen wir auf viele, viele Beiträge aus den Projekten.

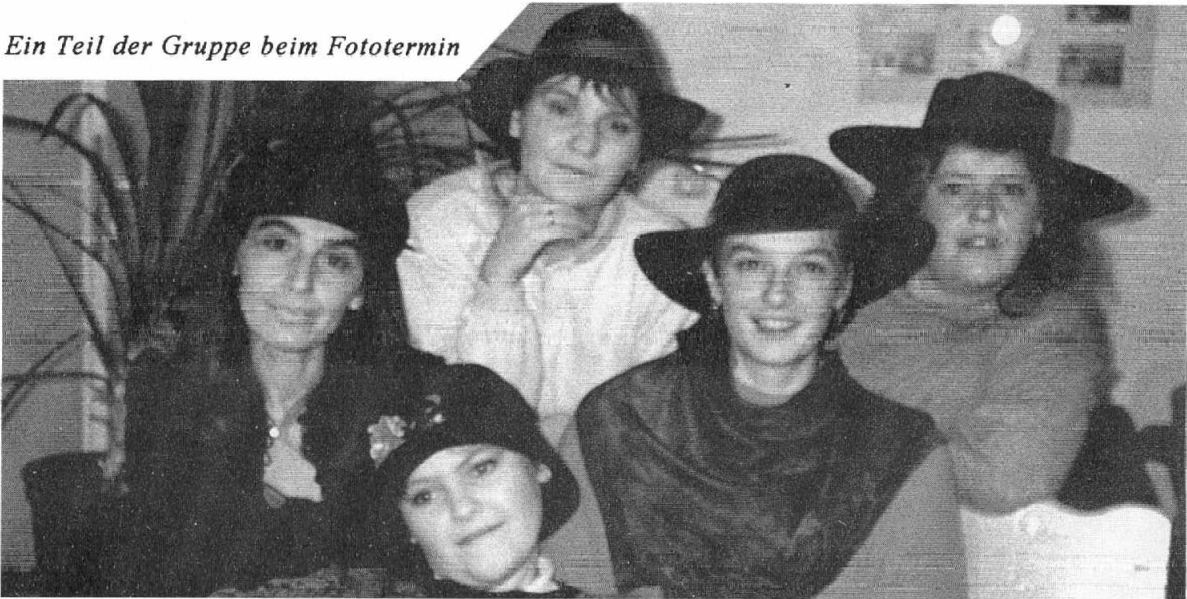
Dafür, daß es am leiblichen Wohl nicht mangelt, sind die WiesbadenerInnen ja bekannt.

FRAUENPOWER SETZT SICH DURCH

Die Frauengruppe „Power-Ladies“ aus Langen macht weiter. Mit Unterstützung der Langener Frauenbeauftragten Anne Gebhard und der LAG wurde ein Weg gefunden, die Gruppe auch in Zukunft weiterzuführen.

1994 werden die „Power-Ladies“ finanziert mit Mitteln der Stadt Langen. Mit diesem Geld wird eine Honorarkraft beschäftigt, die die Gruppe begleitet. Nach geeigneten Treffmöglichkeiten wird noch gesucht, nachdem der in Aussicht gestellte Raum wegen Terminüberschneidungen nun doch nicht zu nutzen ist.

Ein Teil der Gruppe beim Fototermin



Damit ist das Überleben der Gruppe erst einmal gesichert, nachdem der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) aus der Trägerschaft der Frauenarbeit ausgestiegen ist. Dieser hatte zeitlich befristet die sogenannte „Nachbetreuung“ der Frauen aus dem ehemaligen Brennpunkt „Leukertsweg“ übernommen, als die Siedlung abgerissen worden war. Damit war auch die Arbeit der Sozialarbeiterinnen zu Ende, die die Gruppe bisher begleiteten. Zu einer weitergehenden Trägerschaft sah sich der DKSB nicht in der Lage. Mit einem kleinen Betrag will er die Gruppe in Zukunft jedoch weiter unterstützen.

Neben zahlreichen Gesprächen für das Weiterbestehen der Gruppe, die die Frauen bis hin zu Bürgermeister Pithan geführt haben, war vor allem eine Öffentlichkeitsveranstaltung Ende letzten Jahres wichtig, bei der die „Power-Ladies“ ihre Gruppe vorstellten und ihre Power zum Ausdruck brachten. Beeindruckend spielten sie in einer Szene Probleme, mit denen sie sich im Alltag auseinandersetzen müssen und bei deren Bewältigung sie Hilfe von der Gruppe und den beiden Sozialarbeiterinnen erhalten haben, die die Gruppe früher begleiteten. So haben dann auch die anwesenden Politikerinnen Unterstützung für die Zukunft zugesagt.

Diese wird auch nötig sein, denn im Moment läuft die Arbeit ja in sehr reduzierter Form und bisher noch ohne Sachmittel weiter. Damit sich die Gruppe weitere Finanzmittel erschließen kann, wird zur Zeit daran gearbeitet, die Gruppe in eine verfaßte Form zu bringen. Als Möglichkeiten bieten sich die Angliederung an einen bestehenden Träger oder die Gründung eines eigenen Vereins an.

Christina Hey

STADTTEILKONTAKTE ÜBER NATIONALE GRENZEN HINWEG

Die Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben hat Kontakte nach Frankreich geknüpft, um Begegnungen zwischen BewohnerInnen des Wiesbadener Stadtteils und einer Siedlung in Marseille möglich zu machen. Über die Vorbereitung veröffentlichen wir im folgenden einen Bericht der zuständigen Mitarbeiterin:

Im Rahmen einer deutsch-französischen Fortbildung, organisiert von „Arbeit und Leben“ im Februar 1994 in Marseille, wurde das Thema „In Deutschland und Frankreich lebende Ausländerinnen“ behandelt. Neben dem theoretischen Austausch über die unterschiedlichen rechtlichen, sprachlichen und geschichtlichen Voraussetzungen besuchten wir verschiedene Stadtteileinrichtungen in Marseille.

Vorweg sollte erwähnt werden, daß Marseille 16 Stadtteile hat und diese nicht zentral verwaltet werden, wie dies bei uns ist, sondern jeder Stadtteil autonom ist. Um wieviel engagierter und stärker sich die zuständigen Stadtteilpolitiker so für die Bewältigung der sozialen und auch anderen Probleme einsetzen, zeigt sich bei der Ausstattung der Stadtteile und letztlich auch bei den dortigen Projekten.

Es wurden soziale Einrichtungen in vielen Stadtteilen besucht, jedoch interessierten uns besonders Projekte, die sich der Frauen und Migrantinnen annehmen. Da gab es zum Beispiel den Verein „Shebba“ in der Siedlung „Busserine“, eine Siedlung, die im Nordviertel von Marseille liegt.

In diesem Nordviertel lebt etwa ein Viertel der Bevölkerung der Stadt, davon sind 61 % Jugendliche. Es ist das älteste Migrationsviertel und entstand ca. 1947. Nach dem Algerienkrieg 1962 wurde dieses Viertel nochmals ausgebaut. Es leben vorwiegend Franzosen nordafrikanischer Herkunft bzw. von den französischen Inselkolonien hier in diesem Viertel. Es gibt etwa 50 % Arbeitslose. In den 80er Jahren gab es hier aufgrund rassistischer Tendenzen einige Unruhen, die eine Zeitlang die Arbeit sehr erschwerten. In der Siedlung „Busserine“ gibt es nur monotonen Beton, weder Grünflächen noch Spielplätze oder Treffpunktmöglichkeiten für die BewohnerInnen.

Der Verein „Shebba“ hat drei Räume mitten in der Siedlung im Erdgeschoß eines Wohnhauses. Frauen und junge Mädchen gründeten den Verein, um Räume für sich zu haben. Die Männer gingen in Cafés und die Frauen saßen bis dahin nur Zuhause.

Der Verein bietet Alphabetisierungskurse an und ist dabei, ökonomische Projekte zu entwickeln, wie z. B. einen Friseursalon. Engagierte MitarbeiterInnen und BewohnerInnen sind das Leben des Vereins, die räumliche und auch personelle Ausstattung sind sehr mangelhaft. Ebenso fehlt es hier an engagierten Politikern im Stadtteil, die diesem Verein und diesem Stadtteil insgesamt eine bessere Ausstattung zukommen lassen.

Mit einigen marokkanischen Frauen aus dem Schelmengraben ist für den Spätsommer eine Wochenendfahrt nach Marseille geplant, um dort BewohnerInnen des gleichen Herkunftslandes, die in dieser Siedlung leben, kennenzulernen und sich auszutauschen.

Marei Haertel-Meshkati

IKJG HAT ARBEITSSCHWERPUNKT VERLAGERT

Bereits seit 1985 führt die IKJG e.V. (Initiative für Kinder,- Jugend- u. Gemeinwesenarbeit e.V.) Angebote zur Kinderbetreuung, Jugendsozialarbeit und Erwachsenenarbeit durch. Der räumliche Schwerpunkt lag traditionell „In der Gemoll“, wengleich - verbunden mit erheblichem organisatorischem Aufwand - auch Betreuungen in der Graf-von-Stauffenberg-Straße durchgeführt wurden.

Nach einem mehrjährigen Entscheidungsprozeß, in dessen Vordergrund finanzielle wie baurechtliche Fragen standen, wurde 1990 der Jugendbus Stauffenberg eröffnet, quasi ein Jugendzentrum auf rollenden Rädern. Schwerpunktmäßig wurde hier im Bereich der bewegungsbezogenen Jugendsozialarbeit gearbeitet.

Die Stauffenbergsiedlung ist ein Gemeinwesen mit 750 Einwohnern, das in der Vergangenheit stadtentwicklungspolitisch eher stiefmütterlich behandelt wurde. Im Herbst 1992 beherrscht ein Thema die lokalpoliti-

sche Diskussion: Die geplante Unterbringung von mehreren hundert Asylsuchenden in der Marburger Tannenbergkaserne. Zum Jahreswechsel 1992/1993 werden ca. 600 Asylbewerber in der Tannenbergkaserne untergebracht. Die Lage der Kaserne, unmittelbar angrenzend an die Graf-von-Stauffenberg-Straße, führt tatsächlich zur Beunruhigung von Jugendlichen und erwachsenen Bewohnern. Aufgrund dieser Situation bilden sich aus einem Netzwerk von Stadt, Arbeitskreisen und IKJG Gruppen, die sich mit der infrastrukturellen Versorgung der Bewohner auseinandersetzen.

Auf eine Anfrage der Stadt Marburg erarbeitet die IKJG e.V. eine Konzeption für die sozialpädagogische Betreuung der Graf-von-Stauffenberg-Straße. Schwerpunkt dieser Konzeption war einerseits eine ausreichende sozialpädagogische Versorgung der Erwachsenen und andererseits die sozial- und sportpädagogische Jugendarbeit. Die Konzeption



1990: Foto anlässlich der Busübergabe (aus: Oberhessische Presse, 25.07.90)

wurde durch den Sozialausschuß unterstützt und befürwortet. Um eine ausreichende Grundversorgung in der Gemeinwesenarbeit in der Siedlung zu leisten, wurde der Bau eines „Bewohner- und Jugendzentrums“ geplant. Dieser Bau wurde gleichzeitig in den Arbeitskreisen und den Bewohnerversammlungen forsiert. Obwohl die Erstaufnahme-einrichtung der Tannenbergekaserne zum Herbst 1993 geschlossen wurde, hat die Stadt Marburg das Defizit des Wohngebiets in der Graf-von-Stauffenberg-Straße wahrgenommen und mit dem Bau eines Pavillons begonnen.

Am 04.03.1994 wurde der Pavillon der IKJG e.V. durch Herrn Pätzold (Jugenddezernent) übergeben. Gleichzeitig wird in Zukunft durch die GEWOBAU GmbH (Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH) die Siedlung im Wohn- und Wohnumfeldbereich saniert.

Mit der Einrichtung des Pavillons im Siedlungskern sind die räumlichen Voraussetzungen geschaffen, um die Arbeitsbereiche der GWA zu realisieren. Die drei Schwerpunkte bilden die aufsuchende, informative und beratende Gemeinwesenarbeit. Sie finden sich in folgenden Arbeitsbereichen wieder:

- ◆ Bestandsaufnahme der Wünsche und Bedürfnisse der Bewohner,
- ◆ Beratungsangebote für Erwachsene (Sozial- und Schuldnerberatung),
- ◆ Angebote für Erwachsene über Kurse, Veranstaltungen, Informationsabende u.a. zu Weiterbildung, Hobbys und die Siedlung betreffende Themen.

Die seit nunmehr 3 Jahren stattfindende bewegungs- u. sportbezogene Jugendsozialarbeit, die wir in Kooperation mit dem BSJ e.V. durchführen, wird ebenfalls einen Schwerpunkt in der Graf-von-Stauffenberg-Strasse bilden. In diesem Bereich findet eine Ausweitung der Kooperation von Jugendhilfe und vorgelagerter Stadtteilschule statt. Im Rahmen dieser Vernetzung werden Schülerinnen und Schülern präventive Angebote gegen Aggression, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit gemacht.

Die Stadt Marburg hat die zugesagten Haushaltsmittel für dieses Projekt bereits zur Verfügung gestellt. Von Landesseite wurde eine zusätzliche Finanzierung aufgrund der Haushaltslage vorläufig abgelehnt.

Gertrud Vogt- Euen



Start in ein neues Kapitel Gemeinwesenarbeit: Bürgermeister Dr. Gerhard Pätzold (Mitte) übergibt Gertrud Voigt-Euen den Schlüssel für den Bürgerpavillon in der Graf-von-Stauffenberg-Straße. Foto: Heinz Eifert

1994: Übergabe des Pavillons (aus: Oberhessische Presse, 05.03.94)

WIDER DEN SOZIALABBAU

Der fortschreitende Sozialabbau ist nicht nur Schwerpunkt dieser Zeitung, sondern auch unserer diesjährigen LAG-Arbeit, indem wir uns dagegen zur Wehr setzen, Bündnisse mitorganisieren und tragen, Aktionen unterstützen und uns in die politische Auseinandersetzung im Umfeld der zahlreichen Wahlen einmischen.

Begonnen hat die Auseinandersetzung letzten Herbst mit Aktionen gegen den sogenannten „Solidarpakt“, mit der Debatte auf der Mitgliederversammlung um die Auswirkungen auf die Menschen in den Siedlungen und mit der Tagung der hessischen Sozialhilfeinitiativen in Gelnhausen, wo auch neue Aktionsformen ausprobiert wurden.

Fortgesetzt hat sie sich dieses Jahr beim Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen in Heidelberg, wo die BAG eine Erklärung zur Arbeitsverpflichtung im BSHG verabschiedet hat; bei einer Positionstagung der Geschäftsstelle in Höchst, wo die inhaltliche Standortbestimmung der LAG präzisiert wurde - auch in Hinblick auf die anstehenden Wahlen; auf einer Veranstaltung zu BSHG- und AfG-Änderungen, wo Referenten über die Details informierten; auf der Frauenzentraltagung, wo die Teilnehmerinnen Auswirkungen und Forderungen zur Sozialpolitik formulierten und in den Dialog mit der Politik einstiegen und auf einer Fachtagung zum 2. Arbeitsmarkt, wo unter Frauenblick derzeitig diskutierte Ansätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bewertet wurden. Über einen Teil dieser Veranstaltungen berichten wir unter diesem Schwerpunkt.

Fortsetzung auf S. 21

„EBBE IN DER HAUSHALTSKASSE“ FRAUEN AUS SOZIALEN BRENNPUNKTEN DISKUTIEREN DIE FOLGEN DES SOZIALABBAUS

Existenzsichernde Arbeitsplätze und eine bedarfsgerechte Erhöhung der Sozialhilfe, dies forderten die Frauen auf der diesjährigen Frauenzentraltagung, die die Hessische Landeszentrale für politische Bildung und die LAG Soziale Brennpunkte in Dorfweil/Taunus veranstalteten. Unter dem Titel „Ebbe in der Haushaltskasse“ diskutierten achtzig Frauen aus den Brennpunkten die Folgen des Sozialabbaus.

Viele der Frauen leben von Sozialhilfe bzw. von Löhnen, die knapp darüber liegen. Die verzögerte und nicht bedarfsdeckende Erhöhung der Sozialhilfe, die Kürzungen bei den Lohnersatzleistungen, die Erhöhung von Strom- und Benzinkosten und nicht zuletzt auch die Erhöhung der Gebühren für die Kindergartenplätze und den öffentlichen Nahverkehr führen dazu, daß bei den Frauen die „Ebbe in der Haushaltskasse“ bittere Realität

ist, egal ob Sozialhilfeberechtigte oder Lohnempfängerinnen.

So wollen sich denn beide Gruppen auch nicht gegeneinander ausspielen lassen. „Im Moment gehe ich zwar noch arbeiten, aber wie schnell kann ich mit meinen Kindern auch in die Situation kommen, von Sozialhilfe leben zu müssen“, so wies eine Teilnehmerin auf die Armutsbedrohung hin, die gerade für Alleinerziehende besteht. „Die Sozialhilfe muß deshalb bedarfsgerecht erhöht werden.“ Eine weiterreichende Forderung war die Absicherung der Erziehungsarbeit außerhalb der Sozialhilfe.

An erster Stelle steht für die Frauen jedoch die Forderung nach Arbeitsplätzen, die ihnen eigenständige Existenzsicherung ermöglichen. Kritisch verfolgen sie deshalb die Diskussion um den sogenannten „gesellschaftlich subventionierten Arbeitsmarkt“. Eine Bezah-

lung unter Tarif wird von den Frauen klar abgelehnt, wissen sie doch bereits aus der Vergangenheit um die Probleme unterbezahlter Frauenarbeit.

Der Einladung an die Parteien zu einer Diskussion mit den Teilnehmerinnen waren Frau Vollmer (SPD) und Frau Henzler (FDP) gefolgt, die die Positionen ihrer Parteien zu Fragen der Grundsicherung, der Arbeitslosigkeit, der Bewertung von Erziehungsarbeit und anderen mehr darlegten. Daß die Diskussion

hier etwas hitziger wurde, ist angesichts der aktuellen Sozialpolitik nicht überraschend. Dennoch war es wichtig, gerade in Hinblick auf die Wahlen, die Positionen der verschiedenen Parteien kennenzulernen.

Daß es nicht allein ausreicht, Forderungen zu stellen, war den anwesenden Frauen nur allzu deutlich. Deshalb wurde bereits damit begonnen, Aktionen zu planen, um dem Sozialabbau entgegenzutreten.

Christina Hey

DER ZUSAMMENBRUCH EINER FAMILIE, DIE SICH MIT SOZIALHILFE HERUMSCHLAGEN MUSS

Ich, Else Flotter, lebe mit meinem Mann und 4 Kindern in einer 3-Zimmer-Wohnung in Schneppenhausen. Mein Mann geht zwar arbeiten, bekommt jedoch nur 1.500,- DM Gehalt. Somit sind wir auf ergänzende Sozialhilfe und Wohngeld angewiesen. Die Festkosten betragen für uns monatlich 1.300,- DM und dadurch bleibt uns kaum ein Existenzminimum zum Leben und um ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu führen.

Für mich als Mutter von 4 Kindern hat dies zur Folge, daß ich nicht so auf die Wünsche meiner Kinder eingehen kann, wie ich es möchte oder wie es andere Mütter tun können. Streit und ständiger Kampf in der Familie stehen dadurch täglich auf der Tagesordnung. Ich versuche meinen Kindern klarzumachen, warum ich ihnen viele Wünsche nicht erfüllen kann, was oft nicht sehr einfach ist.

Mein ältester Sohn Daniel hat am meisten Schwierigkeiten, sich diesen Umständen anzupassen. Es fängt schon damit an, daß seine Freunde nur mit bestimmten Markenksamotten rumlaufen, die ich ihm nicht kaufen kann und er fühlt sich dadurch aus der Gruppe seiner Freunde ausgeschlossen. Um trotzdem dazuzugehören, fing er an mit Ladendiebstahl und Einbrüchen. Da er schon mehrmals verhaftet und bestraft wurde, kam er in eine Jugendstrafanstalt und da rutschte er ab in die Drogenszene.

Ich und mein Mann haben Angst, daß unseren anderen 3 Kindern das gleiche Schicksal widerfährt, da sich an unserer Situation durch die Kürzung unserer Sozialhilfe in diesem Jahr und die steigenden Kosten nichts ändern wird bzw. eher noch verschlimmern wird. Wir wissen nicht mehr ein noch aus und glauben, daß es nicht hätte soweit kommen müssen, wenn unsere Politikerinnen und Politiker nicht nur reden, sondern handeln würden.

Es ist an der Zeit, daß sie sich mehr um uns sozial Benachteiligte kümmern, anstelle die Reichen oder sich selbst immer reicher werden zu lassen.

Dies ist nur ein Schicksal von vielen ...

Geschrieben von Gabriele Harris, Gabi Pilz, Claudia Ries, Gisela Ries, Petra Ries, Cornelia Sauer, Ursula Schwind und Angelika Sieling in einer Arbeitsgruppe bei der Frauenzentraltagung.

GEGEN ARBEITSVERPFLICHTUNG VON SOZIALHILFEBERECHTIGTEN - FÜR ARBEIT MIT EXISTENZSICHERNDER BEZAHLUNG

Ende Januar nahmen ca. 20 Hessen am Wintertreffen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen in der Heidelberger Jugendherberge teil. Hier trafen sich über 100 VertreterInnen von Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen aus der ganzen Bundesrepublik, um ihre Erfahrungen auszutauschen und Perspektiven für ihre Arbeit gegen den Sozialabbau zu entwickeln. Die äußeren Bedingungen für das Treffen waren sehr ungünstig. Die Jugendherberge zeigte sich wenig flexibel für die Durchführung einer solchen Tagung. Aufgrund von Eis und Schnee und langen Staus kamen einige TeilnehmerInnen erst spät in der Nacht an.

Trotz dieser widrigen Umstände wurde in Arbeitsgruppen und im Plenum sehr diszipliniert gearbeitet. Schwerpunktthema war

die „Arbeitsverpflichtung von Sozialhilfeberechtigten“. Die Erfahrungsberichte zeigten, daß an vielen Stellen - nicht nur in den neuen Bundesländern - Sozialhilfeberechtigte wieder unter Androhung von Kürzung und Streichung der Sozialhilfe zu sogenannter „Gemeinnütziger Arbeit“ für 1 - 4 DM/Stunde herangezogen werden. Diese Praxis wird von den Initiativen eindeutig abgelehnt. Sie fordern demgegenüber Arbeit mit existenzsichernder Bezahlung.

Greifbares Ergebnis dieser Tagung war die Verabschiedung eines Positionspapiers, das von einer Arbeitsgruppe erarbeitet worden war. Außerdem wurde für 1994 eine bundesweite Kampagne gegen die Arbeitsverpflichtung vorgeschlagen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen betont demgegenüber folgende grundsätzliche Positionen:

1. Wir lehnen jede Form von Zwangsarbeit ab, zu der wir die Variante nach Mehraufwandsentschädigung ebenso zählen wie die erzwungene Verpflichtung für Asylbewerber nach dem neuen Asylbewerberleistungsgesetz. Auch die sogenannten Gemeinschaftsarbeiten für BezieherInnen von Arbeitslosengeld und -hilfe, wie sie die Bundesregierung momentan plant, gehören dazu.

Neben der Gefahr, daß durch diese Formen von Zwangsarbeit einem allgemeinen Arbeitsdienst nach Muster des 3. Reiches zugearbeitet wird, werden vor allem reguläre öffentliche Arbeitsplätze im Bereich kommunaler Pflichtaufgaben abgebaut und durch "billigere" ZwangsarbeiterInnen ersetzt.

2. Wir lehnen jede untertarifliche oder sondertarifliche Bezahlung von Arbeiten nach BSHG oder Arbeitsförderungsgesetz ab, ebenso die Anwendung von Tarifen, die aufgrund ihrer geringen Höhe keine ausreichende Existenzsicherung mehr gewährleisten.

Die Einführung von untertariflicher Bezahlung auf dem sogenannten 2. Arbeitsmarkt ist neben einer Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen ein allgemeiner Angriff auf die Höhe von Löhnen und Gehältern. Je weiter die soziale Sicherung und die Lohnersatzleistungen gedrückt werden, desto tiefer können auch die Löhne und Gehälter auf dem ersten Arbeitsmarkt gedrückt werden. Deshalb gibt es ein gemeinsames Interesse von Beschäftigten und Erwerbslosen an einer radikalen Arbeitszeitverkürzung und einem ausreichenden garantierten Mindesteinkommen/Existenzgeld.

An jede öffentlich finanzierte Beschäftigung legen wir folgende Kriterien an:

- Freiwilligkeit
- Ausreichende tarifliche Bezahlung mit Urlaubsgeld, etc.
- Kein Abbau regulärer Arbeitsplätze
- Recht auf Weiterqualifikation während der Beschäftigung
- Mindestdauer von einem Jahr, möglichst zwei Jahre
- Mitbestimmung und weitestgehende betriebliche Demokratie bei den Trägern
- Einrichtung kommunaler Gremien (ähnlich den ABM-Ausschüssen des Arbeitsamtes unter Beteiligung von Sozialhilfe- und Arbeitsloseninitiativen) für die Vergabe und Formen von Betreuung der Betroffenen.

aus: Heidelberger Position der BAG-SHI zur „Zwangsarbeit“

AUFRUF AN ALLE

Schickt uns Eure Erfahrungen von „vor Ort“ zur „Arbeitsverpflichtung von Sozialhilfeberechtigten“ und zu veränderter Bewilligungspraxis von Ämtern.

Wenn Ihr in Euren Städten und Gemeinden Erfahrungen mit der Arbeitsverpflichtung macht oder von Menschen hört, die unter Androhung von Sozialhilfekürzungen oder -streichungen arbeiten sollen, sagt uns Bescheid. Wir sammeln gemeinsam mit der BAG der Sozialhilfeinitiativen Beispiele. Sie sollen auch dokumentiert werden.

Außerdem sammeln wir Erfahrungen über die veränderte Bewilligungspraxis von Ämtern aufgrund gesetzlicher Veränderungen, aber auch aufgrund von Kürzungen sogenannter „Freiwilliger Leistungen“. Ruft uns an, schreibt uns, schickt uns Zeitungsartikel. Wir werden diese Erfahrungen an die Projekte weitergeben, damit sie in der politischen Argumentation genutzt werden können.

Jürgen Maier

AKTIONSTAGE GEGEN SOZIALABBAU HERBST 1993

Ein breites Bündnis von Gießener Initiativen, Brennpunkt-Projekten, Kirchen und DGB veranstaltete am 16./17. November 1993 Aktionstage gegen Sozialabbau. Ein Arbeitsplätze und soziale Dienstleistungen verschlingendes Monster zog am Vormittag vom Arbeitsamt über das Sozialamt in die Gießener Innenstadt. Dort gab es Informationsstände, u. a. zur Sozialhilfe, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit.



(Foto: Jürgen Maier)

So hatte die Gießener Initiative für Jugend und Berufsbildung (IJB) zusammen mit der Projektgruppe Margaretenhütte eine Mauer aus Steinen aufgebaut, auf die Forderungen gesprayed wurden: Wohnungen gegen Wohnungsnot, Bau von bezahlbaren Wohnungen. Passanten konnten beschriftete Steine zusammensetzen. Richtig zusammengestellt ergaben die Buchstaben die Gruppen, die von Wohnungsnot am meisten betroffen sind.



(Foto: Jürgen Maier)

Frankfurter Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiativen treffen sich vor dem Sozialamt und transportieren von dort überdimensionale Geldscheine zur Deutschen Bank: Das eingesparte Geld aus den Frankfurter Sozialhilfe-Kürzungen wird symbolhaft durch die Stadt getragen und bei der Deutschen Bank abgeliefert (zur Reduzierung der Schulden der Stadt Frankfurt). Motto der Aktion: Nicht sparen bei den Armen - Streichen bei den Reichen.

Jürgen Maier

NICHT NUR TRISTESSE CHANCEN EINER AKTIVEN KOMMUNALEN ARBEITSMARKTPOLITIK IM NEUEN BSHG

Als sich um die Jahreswende 93/94 abzeichnete, daß im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) massive Kürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe, den Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen vorgenommen werden würden, stöhnten die MitarbeiterInnen in den Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten auf. War es bisher schwierig genug gewesen bei den Arbeitsämtern die Bewilligung für ABM, Fortbildung, Umschulung und Unterhaltsgeld für arbeitslose Menschen zu erhalten, so erscheinen jetzt die Aussichten gleich Null. Die Bewilligung von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung stehen nun im Ermessen des Arbeitsamtes und dieses Ermessen wird maß-

geblich bestimmt durch die herrschende Leere der Kassen. So nimmt es auch nicht Wunder, wenn arme Menschen mit schlechter Qualifikation ganz hinten anstehen. Bei ihnen wird auch nach einer Weiterbildungsmaßnahme in Zeiten einer dauerhaft hohen Arbeitslosigkeit nicht damit gerechnet, daß sie in Erwerbsarbeit vermittelt werden können. So bleibt diesen Menschen häufig nur der Weg zum Sozialamt. Ein Anwachsen persönlicher Probleme bis hin zur Überschuldung, Alkoholismus und allgemeiner persönlicher Instabilität sind als Folgen einer Langzeitarbeitslosigkeit nicht unbekannt.

Eine Möglichkeit aus diesem Dilemma in Erwerbstätigkeit zurückkehren zu können, bildete hier das Angebot des Hilfe-zur-Arbeit-Programmes (§§ 18 ff Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in Verbindung mit den Richtlinien des Landes). Kommunen stellen danach Arbeitsplätze in gemeinnützigen Bereichen zu sozialversicherungspflichtigen und tariflich entlohnenden Bedingungen bereit, auf denen eine breite Qualifizierung möglich ist. Nach den Änderungen im BSHG ist es den Kommunen einfacher gemacht worden, auf andere Arbeitsverhältnisse auszuweichen. Sie haben die Möglichkeit, Sozialhilfebezieher stundenweise und auch gegen deren Willen zu gemeinnützigen Arbeiten ohne Arbeitsvertrag heranzuziehen; eine Entlohnung gibt es nicht, sondern lediglich eine "Mehraufwandsentschädigung" (ca. 2,50 DM pro geleisteter Arbeitsstunde). Betroffen von den BSHG-Änderungen sind insbesondere auch Frauen mit kleinen Kindern. Sie können bei gesicherter Kinderbetreuung ebenfalls zu gemeinnützigen Arbeitsleistungen herangezogen werden.

Doch die neuen Regelungen könnten auch Chancen für die Zugänge ins Erwerbsleben beinhalten.

Zunächst kann anhand der Neuregelungen im BSHG argumentiert werden, daß die angebotenen Arbeitsgelegenheiten der (Re-) Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt dienen müssen. Daher ist erstmals die Kommune verpflichtet, auch bei Arbeitsgelegenheiten außerhalb des HzA-Programmes Qualifizierung anzubieten. Da bloße Tätigkeiten wie Straße fegen oder im Park Laub zusammen rechnen keinesfalls einer Integration ins Erwerbsleben förderlich sein können, darf die

Kommune auch SozialhilfebezieherInnen nicht mehr dazu heranziehen. Darüber hinaus ist es erstmalig auch eine der Kommune zugeschriebene Aufgabe, die Kosten für qualifizierende Maßnahmen zu übernehmen. Sie kann daher freie Träger wie z.B. Beschäftigungsprojekte damit beauftragen. Dann ist sie auch für die Kostenübernahme zuständig.

Ähnlich positive Effekte lassen sich auch bei der Einbeziehung der Mütter kleiner Kinder argumentativ entwickeln. Bisher war es für Frauen mit kleinen Kindern schwer, gegenüber dem Sozialhilfeträger eine qualifizierende Beschäftigung nach den HzA-Regelungen zu verlangen, da sie in der Regel damit rechnen konnten, pauschal auf ihre Kinderbetreuungspflichten verwiesen zu werden, ohne daß ernsthaft im Einzelfall dahingehend beraten wurde, welche Wege zu einer eigenständigen Existenzsicherung für die einzelne Frau tatsächlich gangbar sind. Insofern können Frauen mit Interesse an einem Zugang zum Erwerbsleben aus der Sozialhilfe heraus nun offensiv auch Kinderbetreuung für eine Ermöglichung ihrer Erwerbstätigkeit fordern.

Zwar ist nicht anzunehmen, daß in den Sozialämtern eine ähnliche Auffassung über den Bedeutungsgehalt der BSHG-Änderungen vorhanden ist. Hier gilt es, genau diese Auffassung zu verändern, auf Rechten zu beharren und durchzusetzen. Nutzen wir die neu zu interpretierenden Regelungen in unserem Sinn und fordern statt dauerhafter und lediglich konsumtiver Sozialhilfegewährung auch die Bereitstellung von ordentlichen, d.h. tariflich entlohnenden, sozialrechtlich abgesicherten und qualifizierenden Arbeitsplätzen.

Anette Dittrich

Fortsetzung von S.15

Weiter geht es auf der BewohnerInnentagung und der Mitgliederversammlung (dieses Jahr im Juni) und münden sollen diese Aktivitäten dann in der Beteiligung an Aktionen im Herbst.

Derzeit zeichnen sich vier Bündnis- und Aktionszusammenhänge ab, um gegen den Sozialabbau zu protestieren und eine soziale Grundversorgung einzufordern.

Dazu zählen auf der hessischen Ebene

- ♦ die Hessische Frauenwoche vom 17. - 24. September

und an bundesweiten Zusammenhängen

- ♦ die Aktionstage gegen Wohnungsnot, Obdachlosigkeit und soziale Ausgrenzung am 23./24. September,
- ♦ die Pax-Christi-Kampagne „Jäger 2000 stoppen - Soziale Sicherheit schaffen“ und
- ♦ die Aktionen gegen die Arbeitsverpflichtung im BSHG, die von Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen in der Planung sind.

Zu allen Aktivitäten gibt es in der LAG Informationen und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen für die Unterstützung örtlicher Aktivitäten zur Verfügung. Bitte anfragen!

Christina Hey



BUNDESWEITE KAMPAGNE 1994

›Jäger 2000 stoppen – Soziale Sicherheit schaffen!‹

Name	Adresse	Unterschrift
1		
2		
3		

Ausgefüllte Listen an:
Ohne Rüstung Leben, Furtbachstr. 10, 70178 Stuttgart
(Hier können auch weitere Listen angefordert werden.)

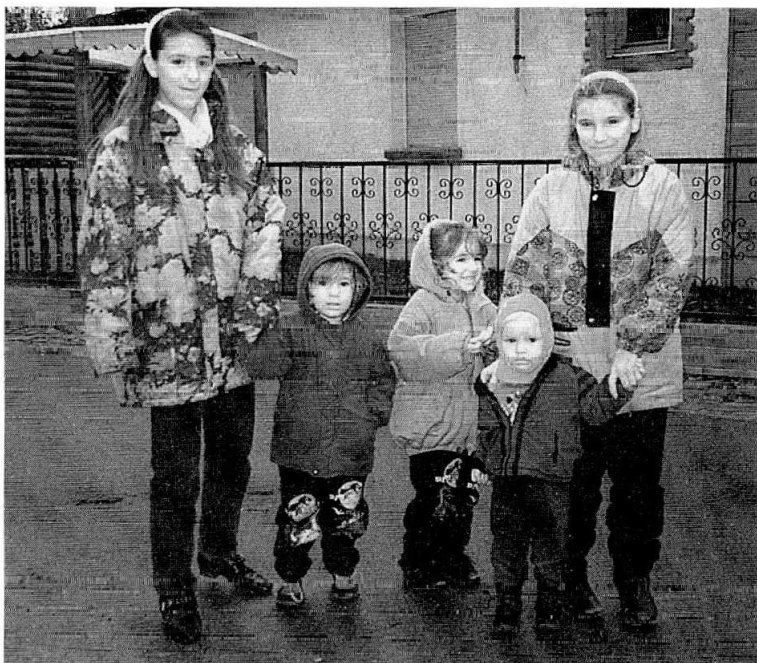
Einsendeschluß:
25. November 1994

Mitmachen
ist angesagt!

KINDER, KINDER... WAS TUT SICH IN DEN SPIEL- UND LERNSTUBEN?

Die 'Spielstubb', seit über 20 Jahren ist sie fester Bestandteil der Projektlandschaft in Hessen. Für viele der inzwischen groß gewordenen Projekte war die Arbeit mit den Kindern im Brennpunkt sogar der Ausgangspunkt einer langen Reise mit dem Ziel, gerechte Lebensbedingungen für benachteiligte Menschen in unserer Gesellschaft zu schaffen.

Gemeinwesenarbeit macht keinen Sinn, wenn nicht die Kinder und die Familien beteiligt sind. Das hat sich inzwischen herumgesprochen, und das ist gut so! Eine gute Betreuung der Kinder, eine sinnvolle Förderung schon der kleinsten, ein Platz zum Spielen, Lernen, sich wohl fühlen ist Voraussetzung für einen guten Start ins Leben. Für die Familien, für die das Leben in den letzten Jahren nicht einfacher geworden ist, ist die Spielstubb schon lange eine wichtige Unterstützung und Entlastung.



(Foto: Jürgen Maier)

Sie haben sich also etabliert, die 'Einrichtungen der offenen Erziehungshilfe'. Aber sind sie deshalb auch bequem geworden, wie man es bei anderen 'Etablierten' oft feststellen kann, und ruhen sich auf dem einmal erreichten aus? Wer mit Kindern im Brennpunkt arbeitet, der weiß, daß das kaum möglich ist. Die Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft wandeln sich und mit ihnen muß sich auch die Spiel- und Lernstube immer wieder verändern, sich weiter entwickeln. Den kalten Wind, der den Menschen derzeit ins Gesicht bläst, bekommen die Familien und die Kinder von allen am deutlichsten zu spüren und er macht auch vor der Tür der Spiel- und Lernstube nicht halt.

"Die Kinder werden immer schwieriger", hört man dann von Eltern, ErzieherInnen und vor allem Lehrern. In der Zeitung lesen wir: "Gewalt steckt vielen Schülern schon im Kopf" (Frankfurter Rundschau 21.9.93), "Kinder sitzen zu lange vor der Glotze" (Wiesbadener Kurier 19.9.93). Die Lehrer beklagen sich, daß die "neuen Kinder" ihnen vollkommen entglitten sind (Frankfurter Rundschau 18.10.93).

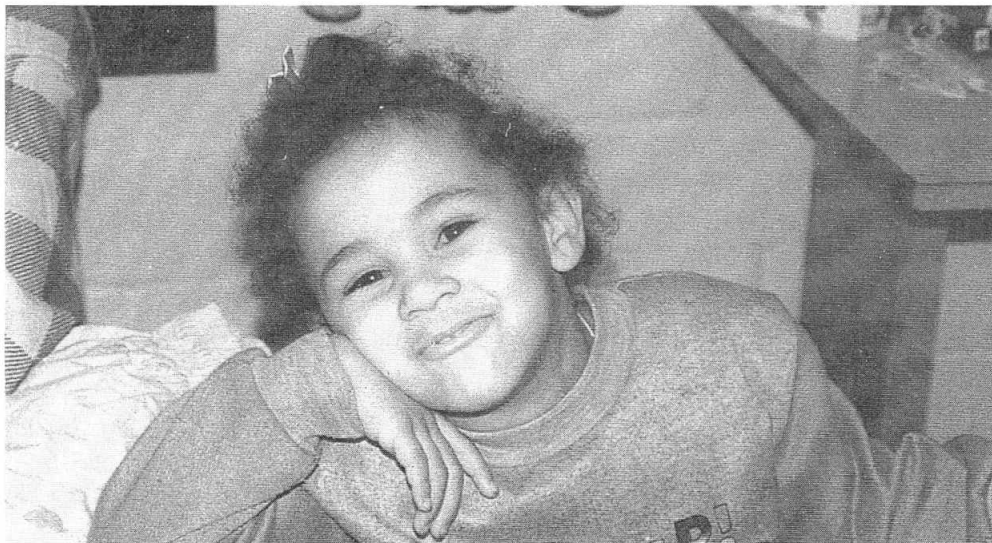
Um herauszubekommen, was denn da tatsächlich immer schwieriger wird, haben wir uns auf der diesjährigen Jahrestagung der Spiel- und Lernstuben vom 24. - 28.1.1994 eingehend damit beschäftigt, was wir in unserer täglichen Arbeit an Schwierigkeiten *wahrnehmen*, welche *Ursachen* wir dahinter vermuten, was die Sozialwissenschaft dazu zu sagen hat, und schließlich, was für uns *zu tun* ist.

Herausgekommen ist dabei vor allem eines: Nach allem, was wir 'vor Ort' beobachtet haben, was wir in der Literatur gelesen und mit Experten diskutiert haben, sind es nicht die Kinder, die immer schwieriger werden, sondern die Umstände, unter denen sie in unserer Gesellschaft heute aufwachsen müssen. Daß die Kindheit heute anders ist als vor einigen Jahrzehnten, spüren alle, die täglich mit Kindern zu tun haben. Die Sozialwissenschaften nennen uns Stichworte wie 'verinselte Kindheit', 'Mediatisierung' und 'Individualisierung'. Dahinter verbirgt sich die Zustandsbeschreibung einer Welt, die Kindern kaum noch Möglichkeiten läßt, sich ihre Welt spielerisch zu erobern, ihren Lebens- und Handlungsraum zu erweitern, ihre unmittelbare Umgebung zu verändern und zu gestalten. Daß die Veränderungen der Lebensbedingungen auch neue Chancen bietet, konnten wir auch feststellen: viele Kinder sind heute selbständiger, informierter, vielleicht sogar angstfreier, als wir es in ihrem Alter waren. Aber: sie sind es nur dann, wenn die *Rahmenbedingungen* für ihre Entwicklung stimmen. Und nicht zuletzt aufgrund der derzeitigen Familien- und Sozialpolitik verschlechtern sich diese Rahmenbedingungen für Kinder und Familien ganz dramatisch!

Was ist zu tun? Nicht allein die Entwicklung von Feinmotorik und Farbenlehre im Vorschulalter, die Hausaufgabenhilfe bei den größeren sind die Aufgaben, denen wir uns als PädagogInnen stellen müssen. Immer mehr geht es auch darum, *mit den Kindern Freiräume* für eine ganzheitliche Entwicklung (zurück)zuerobern. Räume, die sie gestalten und verändern können, wo ihre Bedürfnisse und nicht nur die der Erwachsenen ernst genommen werden. Das kann die gemeinsame Planung und Gestaltung eines Spielgeländes sein, aber auch die Einmischung in die Sanierung der Siedlung oder die Aufstellung von Forderungen für eine kindgerechte Stadt- und Stadtteilentwicklung.

Spätestens an diesem Punkt wird Pädagogik politisch, bzw. werden politische Aktivitäten zu praktischer Pädagogik. "Der Lehrer ist Politiker und Künstler", hat Paolo Freire vor über 15 Jahren geschrieben. Für uns ErzieherInnen und SozialpädagogInnen ist diese Aufforderung heute aktueller denn je (aber das war ja für alle, die sich dafür entschieden haben, mit benachteiligten Kindern pädagogisch zu arbeiten, schon immer klar - oder etwa nicht?).

Die Aufgaben für die Zukunft sind nicht einfach. Die Pädagogik in den Spiel- und Lernstuben weiterentwickeln, um den veränderten Lebensbedingungen der Kinder gerecht zu werden, und vor allem: *sich einmischen!* Weil das kaum alleine gelingen kann, sondern nur gemeinsam mit anderen, die im Viertel für bessere Lebensbedingungen für Kinder kämpfen, wollen wir uns am 17. Mai einen Tag lang damit befassen, wie wir unsere Erfahrungen aus der Spielstubenarbeit in lokale Entwicklungsprozesse einbringen können. Titel der Veranstaltung: "sich im nahen Bereich einmischen und Netzwerke bilden".



Mathias Urban

*Kinder,
Kinder...
(Foto: Steffi Paul)*

STAND DES MODELLVORHABENS „SOZIALE WOHN- UND OBDACHLOSENHILFE IM WETTERAUKREIS“

Nachdem nun die erste Phase des Modellprojektes „Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe im Wetteraukreis“ abgeschlossen ist, wird es Zeit, einmal kurz die bislang erzielten Ergebnisse vorzustellen.

Ziel des Modellvorhabens, zu dem die LAG vom Wetteraukreis beauftragt wurde, ist es, wirksame Konzepte und Instrumente zur Verhinderung und Beseitigung von Obdachlosigkeit im ländlichen Raum zu entwickeln. Während es in den letzten Jahren zumindest in einigen großen Städten gelang, einigermaßen funktionstüchtige Hilfssysteme einzurichten, stellt sich diese Aufgabe in ländlichen Regionen aufgrund der dort herrschenden Verwaltungsstrukturen ungleich schwerer dar. Dabei ist vor allem die unterschiedliche Zuständigkeit und Kostenträgerschaft insbesondere bei Maßnahmen nach dem Sozialhilferecht (Kreis) und Ordnungsrecht (Gemeinde) ein großes Hindernis.

In einem ersten Schritt galt es, sich einen Überblick über das Ausmaß des Problems zu verschaffen. Dazu wurde von der LAG mit Hilfe eines Fragebogens eine Bestandsaufnahme in 17 der 25 Gemeinden und Städten des Wetteraukreises durchgeführt. Im Mittelpunkt der Befragung, die gleichzeitig Grundlage für eine spätere Beratung der Verwaltungen sein sollte, standen die Fragen nach den Obdachlosenzahlen, den finanziellen Aufwendungen der Kommunen für Unterbringungen sowie den bisher eingesetzten Maßnahmen der Verwaltungen zur Problembewältigung. Aus dem gewonnenen Zahlen- und Datenmaterial wurden für jede der befragten Kommunen Einzelberichte angefertigt, die bis Ende Februar 1994 zum Gegenlesen und zur Korrektur an die jeweiligen Ämter verschickt wurden. Nach der Rückmeldung ist vorgesehen, einen Gesamtbericht für den Wetteraukreis zu erstellen.

Erste Ergebnisse der Städte- und Gemeindebefragung

Allgemein kann festgehalten werden, daß in allen befragten Kommunen die Datenlage schwer zu erfassen ist, da Statistiken über Obdachlosigkeit im weitesten Sinne (Räumungsklagen, Obdachlose, Wohnungssuchende, Wohnungsbestand, etc.) nur sehr unzureichend geführt werden.

Wir konnten bei der Befragung jedoch feststellen, daß es zum Stichtag 31.12.1992 eine große Anzahl von Menschen gab, die nach dem Ordnungsrecht untergebracht waren, viele davon sind „Langzeitobdachlose“. Nach ersten Hochrechnungen aus den erfragten Zahlen ergab sich für den gesamten Wetteraukreis eine Zahl von 296 obdachlosen Haushalten bzw. 731 obdachlosen Personen. Der überwiegende Teil dieser Obdachlosen war in Schlichtbauten oder Einfachstunterkünften untergebracht. In einzelnen Gemeinden und Städten wurden sogar Container, Hotels oder Holzbaracken zur dauerhaften Unterbringung genutzt.

Die Kosten, die die Unterbringung der Obdachlosen verursachte, waren in einigen Kommunen immens hoch. In Bad Nauheim beispielsweise entstanden im Jahr 1992 finanzielle Aufwendungen von knapp 400.000,- DM.

Die große Anzahl der Obdachlosen und die hohen Kosten sind Folge eines nur unzureichend ausgebauten Hilfesystems. So wird zum einen nur in den seltensten Fällen rechtzeitig eingegriffen und die drohende Obdachlosigkeit bzw. Wohnungslosigkeit verhindert. Zum anderen kann bereits bestehende Obdachlosigkeit aufgrund fehlender Wohnungen meist nur schwer beseitigt werden. Bei unserer Befragung konnten wir folgende Unzulänglichkeiten bei der Verhinderung und Behebung von Obdachlosigkeit im Wetteraukreis feststellen:

- Präventive Hilfen zur Wohnungssicherung und Vermeidung von Obdachlosigkeit sind nicht entwickelt. Vor allem die vorhandenen Hilfsangebote für Alleinstehende sind völlig unzureichend und bestehen zumeist nur aus den sogenannten „vertreibenden Hilfen“.
- Es sind erhebliche Koordinationsprobleme zwischen den verschiedenen Ämtern innerhalb der Gemeinde- und Stadtverwaltungen zu beklagen. Interne Regelungen existieren in der Regel nicht oder gelten nur informell.

Ausblick

Die LAG hat bereits ein neues Konzept, das langfristig einen effektiveren und kostensparenderen Umgang mit dem Problem der Obdachlosigkeit verspricht, erstellt. Nach Ansicht der LAG ist die Schaffung einer Koordinationsstelle beim Sozialhilfeträger, bei der alle Informationen über drohenden bzw. eingetretenen Wohnungsverlust eingehen, die



- Es bestehen Kooperationsprobleme zwischen den Gemeindeverwaltungen und den sozialen Trägern. So findet keine verbindlich geregelte Zusammenarbeit mit dem Kreissozialamt oder den Trägern der freien Wohlfahrtspflege statt.
- Die Gemeinde- und Stadtverwaltungen nutzen die vom Gesetzgeber vorgesehenen Möglichkeiten zur Wohnungsversorgung nur teilweise. Der vorhandene Bestand an Sozialwohnungen, die im Sinne des II. WoBaUG öffentlich gefördert sind und damit von den Kommunen als Belegrechtswohnungen in Anspruch genommen werden könnten, ist in fast allen Gemeinden und Städten nicht erfaßt oder bekannt. Der „Dreivorschlag“ als Mittel zur Belegungssteuerung gegenüber den Wohnungsbauträgern wird nur gelegentlich angewendet. Auch die Wohnungsaufsicht im Wohnungsbestand (u.a. Belangung von Zweckentfremdung oder Mietwucher) wird nicht wahrgenommen.

Voraussetzung für zukünftige Erfolge bei der Obdachlosenarbeit im ländlichen Raum.

Diese Abteilung muß bemüht sein, so früh und umfassend wie möglich alle Hilfeleistungen zur Wohnungssicherung und -beschaffung einzuleiten und zu koordinieren. Sie sollte die Kompetenz erhalten, selbst Kontakte zu den Betroffenen aufzunehmen, um diesen die notwendigen Hilfs- und Interventionsmittel anbieten zu können.

Die Zukunft wird zeigen, ob die verschiedenen Verwaltungsebenen beim Kreis, den Gemeinden und Städten in der Wetterau flexibel und mutig genug sind, neue Wege bei der Lösung der Obdachlosenfrage zu gehen und diesem „Fachstellenkonzept“ eine Chance geben.

Christoph Kummer, Reinhard Thies

Buchtip:

„Die Absahner - sie genießen - wir zahlen“

aus Arbeitslosenzeitung QUER

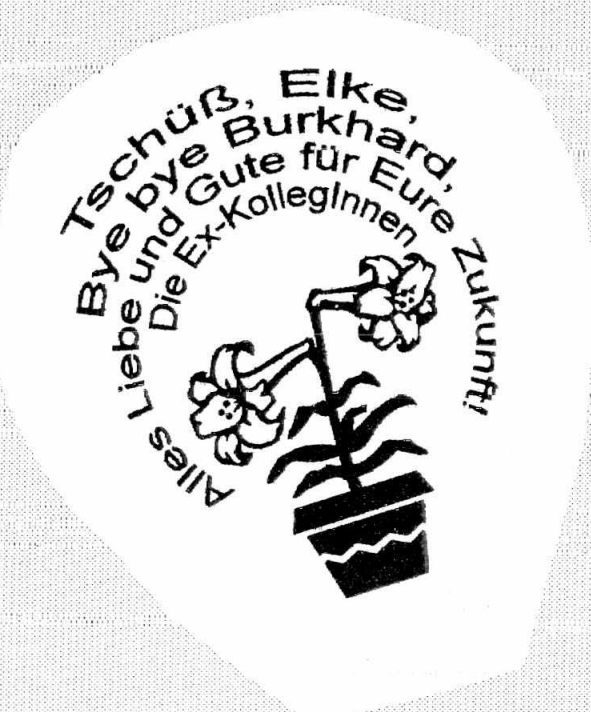
Milliardenverluste durch Privilegien für Reiche

Wie die Reichen abzocken, sich jeden Pieps bei der Steuer anrechnen lassen und wieviele Milliarden das kosten - das hat die Gruppe KLARtext gesammelt und in einer 50-seitigen Broschüre aufgearbeitet.

Beschrieben wird in dem Heft genau, welche Tore der Gesetzgeber den Abzockern geöffnet hat, damit sie sich auf Kosten anderer durch entsprechenden Umgang mit Wohnungs- und Immobilienbesitz, mit Bewirtungskosten und Geschäftsreisen ohne Arbeit eine goldene Nase verdienen können.

Die blanke Wut steigt einem bei der Lektüre des Heftchens hoch - eine gute Ausgangsbasis für den Kampf mit den Sozialbehörden um die eigene Existenzgrundlage - ganz nach dem Motto: Nicht betteln, nicht bitten - nur mutig gestritten.

Garniert ist das Heftchen mit exakten Forderungen zur Abschaffung der Privilegien für Reiche. Es ist gegen Briefmarken zu beziehen bei KLARtext, c/o Michael Schulze, Gustav-Adolf-Str. 1, 63452 Hanau und kostet 3 Mark (plus eine Mark Versand).



*Neuerscheinungen bei der LAG
- und auch hier zu bestellen:*

Dokumentation über
„Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse im Zeichen des europäischen Binnenmarkts“
(Schutzgebühr 10 DM plus Porto)

Der Bericht über das Mädchenbildungsprojekt ist fertig!

Ebenso der Reader zu den Veranstaltungen des Arbeitskreises Frauen und Arbeit 92/93!

Ihr merkt schon, wir haben ein neues Computer-Programm!

EG-Gemeinschaftsinitiative HORIZON - Berufliche Integration für Behinderte, Benachteiligte, Migranten

Informationsbroschüre über Projekte und Maßnahmenträger erschienen
Gegen die Einsendung von 5 DM in Briefmarken für Porto und Versandkosten
kann die Broschüre bezogen werden bei der

Nationalen Koordinierungsstelle HORIZON
Endenicher Str. 125
53115 Bonn

„KINDERARMUT“

Die LAG hat im November 1993 eine Tagung in Frankfurt zum Thema „Kindheit und Armut“ mitveranstaltet. Über diese Tagung ist eine Dokumentation erschienen. Sie enthält u. a. Armut von Kindern in Frankfurt, Leben von Sozialhilfe - was heißt das für Kinder?

Diese Dokumentation ist zum Preis von 10,- DM zu beziehen über:
Frankfurter Kinderbüro, Leipziger Straße 67, 60487 Frankfurt,
Tel. 069/21 23 90 01

Unsere Empfehlung:

Grünkernbratlinge immer gut würzen!

Die Vollwertköchinnen vom Bildungsurlaub

Wann wird es endlich wieder Sommer?



Jugendliche aus der Kirchenallee in Darmstadt im Sommer '93 am Gardasee

**20
Jahre
LAG
1994**

TERMINKALENDER

April

- 19.04. Tagesveranstaltung „Gemeinwesenarbeit zwischen Brennpunktbezug und Stadtteilorientierung“, Frankfurt
25.04. AG Jugend, Frankfurt
27.04. - 29.04. Fortbildung GeschäftsführerInnen in Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten, Höchst/Hassenroth
27.04. - 29.04. Leistungsbewertungs- und Beurteilungsgespräche in Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten, Dorfweil/Ts.

Mai

- 03.05. 1. Regionaltreffen „Soziale Sicherung“, Marburg
09.05. - 11.05. Fortbildungsreihe Sozialmanagement, Falkenstein
17.05. Tagesveranstaltung Spiel- und Lernstuben
19.05. AK Frauen, Frankfurt
25.05. - 27.05. Teamkonflikte produktiv lösen - Rollenkonflikte in Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten, Dorfweil/Ts.

Juni

- 01.06. - 03.06. BewohnerInnen-Tagung, Oberreifenberg/Ts.
04.06. Mitgliederversammlung, Oberreifenberg/Ts.
09.06. Tagesveranstaltung Beteiligung im Ausschreibungsverfahren für gemeinnützige Träger (VOB u. VOL), Frankfurt
14.06. Tagesveranstaltung „Die Rolle von ‘Alten’ und ‘Neuen’ in der Gemeinwesenarbeit“
21.06. Finanzinstrumente I, Frankfurt
28.06. Schuldnerberatung in „Hilfe zur Arbeit“-Projekten II, Frankfurt

Juli

- 05.07. AG Spiel- und Lernstuben
05. oder 06.07. Fachtagung „2. Arbeitsmarkt“, Frankfurt

August

- 31.08. - 02.09. Fortbildungsreihe Sozialmanagement, Falkenstein

September

- 02.09. - 04.09. 1. Regionaltagung Frauen, Oberreifenberg/Ts.
07.09. - 09.09. Kommunalpolitik und Arbeits- und Beschäftigungsprojekte
20.09. Tagesveranstaltung Spiel- und Lernstuben
23.09. - 25.09. 2. Regionaltagung Frauen, Oberreifenberg/Ts.
27.09. Finanzinstrumente II, Frankfurt